

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Paris, 31. Mai. Aus der Havanna eingetroffene Nachrichten vom 15. d. Mts. melden, daß das französische Expeditions-Corps in Puebla eingetroffen sei.

Paris, 1. Juni. Der heutige „Moniteur“ enthält eine kaiserl. Entscheidung, nach welcher das Occupations-Corps zu Rom auf eine aus drei Brigaden zusammengesetzte Division reducirt wird; dieselbe soll unter dem Kommando des Generals Montebello stehen.

Turin, 30. Mai. Von den Brescia Verhafteten sind fünfzig freigelassen worden.

Die halboffizielle „Monarchia nazionale“ konstatiert das Vorschreiten der römischen Frage; die Regierung zeige jedenfalls den festen Willen, mit der Lösung vorzugehen. Der Empfang in Neapel gebe das Recht, zu fordern, daß der in Rom concentrirte Herd der Conspiration aufgehört. Es sei die Zeit gekommen, in der Frankreich einsehen werde, daß die Verlängerung der Occupation die Lösung hindere und diese allein möglich sei, wenn sie durch eine direkte Berührung zwischen Italien und dem Papst ohne fremde Einmischung herbeigeführt würde.

Brüssel, 31. Mai. Die heutige „Independance belge“ erklärt aus sicherer Quelle, daß die Nachricht betreffs des Circulars der russischen Regierung an die Landesangehörigen, welche sich im Orient angesiedelt haben, vollständig erdichtet sei.

Triest, 30. Mai. Der Herzog und die Herzogin von Koburg sind heut auf dem britischen Linienschiffe Queen angekommen. Die Herzogin befindet sich ziemlich wohl. Morgen wird die Reise nach Wien fortgesetzt.

Mailand, 30. Mai. Die heutige „Perseveranza“ schreibt: „Gestern Vormittag hat sich eine Anzahl Personen auf dem Plage Fontana versammelt, mit der Absicht, eine Demonstration zu machen. Ein anonymes Maueranschlag hatte hierzu eingeladen. Einige Personen, welche von den Fenstern des erzbischöflichen Palais an das Volk eine Anrede halten wollten, wurden von der Behörde daran gehindert. Nachdem die Menge die feste und gemessigte Haltung der Behörden sah, ging sie ohne weitere Folgen auseinander.“

Corfu, 26. Mai. Nachdem der Lords-Obercommissar sich geweigert hatte, einen die Union mit Griechenland betreffenden Protest der Kammer anzunehmen, beschloß letztere, gegen ihn eine Klage bei der Königin vorzubringen.

Athen, 24. Mai. Besmesas wurde zum Präsidenten der Deputirten-Kammer gewählt. Es heißt, die Regierung wolle sich für die Auslagen, welche die Rebellion verurlichte, durch Confiscation des Vermögens der Anführer entschädigen. Das Gericht von Chalcis ladet den Advokaten Papaliss von Rauplia vor, und hält ihn zur Bezahlung von 2 Millionen Drachmen an. Eintheilung wird ein ihm gehörendes Dorf sequestrirt. Die englische Flotte sammelt sich im Pyraeus. Die griechische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat alle Schiffe nach Syra zurückberufen, die Mannschaft entlassen und die Fahrten eingestellt. Die Bemühungen, ein neues Ministerium zu bilden, blieben bisher erfolglos.

London, 31. Mai. Aus New-York vom 21. d. M. eingetroffene Berichte melden, daß das Hauptquartier des Generals Mac Clellan nur in geringer Entfernung von Richmond sich befindet. Es hatten sich sehr wenig Kundgebungen von Zuneigung für die Union in New-Orleans gezeigt. — Nach Berichten aus Mexiko vom 8. d. Mts. rühten die Franzosen gegen Mexiko vor.

Scutari, 30. Mai. (Telegramm des Serdar Strem Omer Pascha an den türkischen Gesandten in Wien.) Die Montenegroer hatten in der Nähe des Thurmes jenseits Zenitioi Befestigungen errichtet, um die Verbindung unserer Armee mit Spuzja zu bedrohen. Mittwoch (28. Mai) ließ Abdi Pascha diese Stellung durch sechs Bataillone und 500 Irreguläre angreifen. Die Montenegroer nahmen den Kampf nicht an und ließen ihre Werke im Stich, worauf Thurm und Befestigungen von unseren Truppen zerstört wurden. Nachdem der Feind sich von da in die Dörfer Bilana und Kossovilot zurückgezogen, griffen unsere Soldaten ihn neuerdings an. Nach kurzer Gegenwehr gaben die Montenegroer auch hier den Kampf auf und zogen sich, nachdem sie die Dörfer in Brand gesteckt, in die Berge zurück. Außer Hottobey, dem Albanesen, welcher leicht verwundet wurde, haben wir keinerlei Verlust zu beklagen. Die Verluste des Feindes unbekannt.

Moskau, 30. Mai. Ferit Salih Pascha ist mit beiläufig 2000 Mann neu angekommenen Truppen gestern von Stolzj zur Vereinigung mit Derwisch Pascha aufgebrochen. Auf der albanischen Seite soll Mirto, gegen die Herzogin der Fürst Nikola kommandiren. Nach den letzten Nachrichten hatte sich Mirto noch immer gehalten.

Die Adresse und ihre Berathung in der Commission.

Die „Niederrhein. Ztg.“ bringt folgenden Bericht: Der dritte Abschnitt des Adressenberichts stellt fest, daß die Auflösung des Hauses ohne Anlaß erfolgt, ein neues Ministerium gebildet sei und daß dieses mit verfassungswidrigen Eingriffen in die Wahlfreiheit sein Amt begonnen und namentlich sich hinter den Namen des Königs versteckt habe.

Hiergegen nahm zuerst das Wort der Minister des Innern v. Jagow: Das Volk ist in Preußen so monarchisch gesinnt, daß bei allen öffentlichen Ereignissen sich Alles um den König dreht. Hierin liegt die Erklärung, daß in den Wahlerlassen auch des Königs gedacht worden ist. Es ist der Erlaß des Königs vom 19. März veröffentlicht worden. Nach Auflösung des Hauses und Neubildung des Ministeriums blieb dem Staats-Ministerium nichts übrig, als auf diesen Erlaß hinzuweisen. Es wird also von der Regierung nicht zugegeben, daß sie den Namen anders in die Wahlbewegung gebracht habe, wie es wohl in unserm Lande immer geschehen wird. Es ward ferner in Adresse gestellt, daß ein Gegensatz zwischen König und Parlament in den Wahlerlassen aufgestellt worden. Es ist nur unterschieden zwischen parlamentarischer Regierung und königlichem Regiment, auf welchem Preußens Wohlstand bisher beruht hat. Es handelt sich nur um die Frage, wie weit die entscheidende Gewalt, mehr im Parlamente oder in der Hand des Königthums liegen soll. Es kann der Gegensatz, wie ihn die Adresse annimmt, weder aus dem Sinn noch aus den Worten der Wahl-Erlasse gefolgert werden. Den Beamten ist nur verboten worden, sich in Wahlagitationen gegen die Regierung einzulassen. Das ist auch von dem früheren Ministerium (im vorigen Herbst) geschehen, und zwar noch entschiedener; damals hat man sich nicht darüber beklagt. Wenn einzelne Behörden über den von der Regierung eingenommenen Standpunkt hinausgegangen sind, so ist, wenn die Staatsregierung es erfahren hat, von ihr Membran getroffen. In dieser Beziehung hat die Regierung, indem sie vor feindseligen Agitationen warnte, nur ihre Pflicht gethan. Diese Erlasse wendeten sich übrigens auch zunächst nur an die politischen Behörden des Landes.

Kriegsminister v. Roon: Nach meiner Auffassung hat die Regierung heute nur die Absicht, Mißverständnisse, welche auf die Fassung der Adresse Einfluß haben könnten, zu beseitigen. Die Auflösung des Hauses und die Neubildung der Regierung will ich erwähnen, weil ich der einzige Minister hier bin, der daran Theil genommen hat. (Hr. v. d. Seyd und Graf Bernstorff fehlten wegen Krankheit.) Die Auflösung des Hauses ist in verfassungsmäßiger Weise erfolgt; man hat das zwar allgemein anerkannt, aber die Ursache zu diesem Schritte ungerechtfertigt genannt. Hierüber ist nicht zu streiten, da der König sich seines Rechtes nach freiem Ermessen bediente. In den Motiven, wie sie Hr. v. d. Seyd am 11. März vorlas und Hr. v. Patow am 6. März schon andeutete, ist gesagt, daß die Regierung kaum mit dem Beschlusse über den Hagen'schen Antrag noch regieren könne. Es handelte sich nicht so sehr um den materiellen Inhalt jenes Antrages, als um den damit verbundenen Eingriff in die Exekutivgewalt. Nach der früheren Ansicht des Staatsministeriums war die Ausführung des Hagen'schen Antrages im Laufe der Session nicht bloß eine geschäftliche, sondern auch eine politische Unmöglichkeit. Die Etatsaufstellung beruhte bis Ende 1862 auf einer Vereinbarung zwischen den drei Faktoren der Gesetzgebung; eine Aenderung konnte nicht in der improvisirten Weise, wie Hagen sie anstrebt, gebildet werden. Die Umgestaltung des Ministeriums kann ich nicht näher besprechen, da Rücksichten der Discretion mich binden. Im monarchischen Preußen hat der König das Recht, sich seine Minister zu wählen, wie er will. Der Gegensatz zwischen Königthum und Parlament ist nie von

der Regierung betont worden; eine preussische Regierung kennt diesen Gegensatz nicht und wird ihn nicht kennen. Was hier ein Absagebrief genannt worden ist, ist nur eine Erklärung gegen die mögliche Weise verführerischer Verlegung der Exekutive in das Parlament. Eine bestimmte Parteibezeichnung, die im Worte Demokratie liegt, hat an sich nichts Verhängliches. Die Regierung konnte aber nicht wünschen, daß diese Partei, welche eine Erweiterung der parlamentarischen Rechte anstrebt, die Oberhand bekomme. Die Regierung scheint nun freilich im Irrthum gewesen zu sein, wenn, wie heute behauptet wird, eine solche Partei nicht vorhanden ist. Einstweilen werde ich an dem Nichtvorhandensein derselben zweifeln. Die Regierung hat sich an die Thatsache gehalten, daß es eine demokratische Partei giebt, und daß der Streit um Erweiterung der parlamentarischen Macht in allen constitutionellen Staaten besteht.

Ein Mitglied der Fortschrittspartei hebt die Uebereinstimmung beider Entwürfe in Beziehung auf die Wahlbewegung hervor, und daß hierin der Schwerpunkt der Adresse liege. Die Aeußerungen der Minister deuten darauf hin, daß sie heute andere sind, als sie waren bei dem Erlaß der Proclamationen. Jetzt sollte die Wahlerlasse mißverstanden sein; sie sind aber, als sie erschienen, übereinstimmend als eine Kriegserklärung gegen die ganze liberale Partei aufgefaßt worden, und es ist nicht anzunehmen, daß ein ganzes Land so irren kann. Die Frage über den Sinn gehört nicht in die Commission, sondern ins Plenum auf die Tribüne. Wir wissen das Wort des Dichters: Ein anderes Anliß, ebe sie geschehen, ein anderes die vollbrachte That. Als die Minister den Namen des Königs ansetzen, haben sie geglaubt, die Wirkung des königlichen Namens käme ihren unbekanntem Namen zu Gute. Wenn der Minister v. Roon sagt, er beweise die Wahrheit der Erklärungen über die Königstreue, so ist das wohl das Stärkste, was je in einer Commission gesprochen worden ist. Für den Ministerwechsel werden allerdings nicht die heutigen Minister, sondern nur die abgegangenen Minister verantwortlich sein.

Minister v. Roon: Ich soll die Localitätssicherungen in ihrer Ausrichtigkeit in Zweifel gezogen haben, dann bin ich mißverstanden. Ich habe nur sagen wollen, daß ich die Behauptung der Adresse, daß es im Lande keine Partei gebe, welche die parlamentarischen Rechte ausdehnen wolle, noch einigermaßen bezweifle.

v. Sybel als Antragsteller: Nach den Aeußerungen der Minister glaube ich, auf der Fassung meines Entwurfes bestehen zu müssen. Jeder Staatsbürger soll präsumirt werden als gleich loyal gegen den König. Bei den politischen Parteikämpfen handelt es sich um politische Ansichten, aber die heute so, morgen so entschieden wird. Der König ist das lebende Symbol der Staatseinheit. Der politische Kampf vollzieht sich tief unter seinem Throne. Es ist deshalb eine Verletzung eines Bürgers, wenn seine politische Ansicht ihm als eine Mißachtung gegen den König ausgelegt wird. Die Auffassung und Behandlung des Hagen'schen Antrages seitens der Staatsregierung ist heute noch, daß der Grund der Auflösung nicht in der materiellen Bedeutung des Hagen'schen Antrages, sondern in der Improvisirtheit, in seiner Abhängigkeit gelegen. Wenn dem so ist, und wenn die Regierung jetzt sagt, sie habe nun inszwischen Zeit gehabt, den Hagen'schen Antrag auszuführen, und darum es gethan, so habe ich Recht, wenn ich sage: Es habe Niemand in dem Grunde der Auflösung den Beginn eines folgenreichen Prinzipienkampfes zu ahnen vermocht. Die Ausführungen der Minister über den Begriff parlamentarischer Regierungen legen die Frage nahe, was ist denn im vorigen Parlament so Großes verlangt worden, daß die Krone in ihrem Rechte sich bedroht gesehen habe? Wir hören, es war Nichts, als daß die Regierung sich wunderbare Dinge bei dem Hagen'schen Antrage dachte. Die Regierung wollte also den sachlichen Inhalt des Hagen'schen Antrages nicht, d. h. sie wollte dem Hause die constitutionellen Rechte der Beschlußnahme in der Budget-Angelegenheit streitig machen; und darum also die Anträge gegen das Abgeordnetenhaus, die Wahlerlasse u. s. w. Das Haus hat keinen Einfluß auf die Ernennung der Minister, aber es könnte doch die Krone entstehen, welchen Standpunkt das Parlament bei Bildung eines Ministeriums einzunehmen habe. Es scheint nun aber nicht bloß Recht, sondern auch die Pflicht des Parlaments zu sein, der Krone zu sagen, welche Folgen eine Ausübung der Kronrechte im gegebenen Falle haben werde. Ein Ministerium ist im März in so auffälliger Weise entlassen worden, daß die größte Verwirrung in der öffentlichen Meinung entstand. Hierüber ohne alle Aufklärung zu bleiben, ist beklagenswerth.

Minister v. Jagow: Der Name des Königs findet sich nur im Erlaß vom 19. März und in dem Erlaß, welcher die Beamten an den geleisteten Eid der Treue gegen Se. Majestät erinnert. Jener Erlaß sollte das Land über die Grundzüge des Königs beruhigen. Diese Hinweisung auf den Eid bezweckte keine Hineinziehung des Namens des Königs in den Wahlkampf, wenn man auch über die Hinweisung an sich verschiedener Ansicht sein mag. Die Voraussetzung, daß Jedermann gleich loyal gegen den König sei, theilt auch das Ministerium. Im vorigen Herbst haben aber Wahlcomitès und die öffentlichen Blätter sich auch auf den König bezogen, als ob er Abgeordnete von einer bestimmten Richtung haben wolle. Wenn gesagt wird, es sei kein genügender Anlaß zu Wahlerlassen vorhanden gewesen, so kann man darüber verschiedener Meinung sein, aber der Gegensatz, wie er in der Adresse aufgestellt wird, ist nicht in dem Erlaß zu finden.

Ein Abgeordneter von der Fortschrittspartei (Rischmann?) entgegnet: Der Kriegsminister räumt eigentlich selbst ein, daß der Hagen'sche Antrag an sich kein Eingriff in die Exekutive war. Er war in der That auch nur ein verfassungsmäßiger Vorbehalt, den Erat, d. h. den Gesetzesentwurf zu amendiren. Es handelt sich also nur darum: ob in der Art der Einbringung des Antrages, in der sogenannten Improvisirung, der Grund der Auflösung gefunden werden kann. Es ist hierzu zu bemerken, daß der Hagen'sche Antrag, wenn auch in anderer Gestalt, wochenlang der Budgetcommission vorgelegen und der Regierung bekannt gewesen ist. Der frühere Minister hat seiner Zeit, man möge die Sache auf einige Tage vertagen, da haben wir geglaubt, daß die Staatsregierung selbst in der Lage war, den Vertagungsantrag durch einen Minister oder einen Freund des Ministeriums zu stellen, was das parlamentarische Brauch ist. Wir würden nicht widersprochen haben, aber selbst die Vertagung zu beantragen, das konnten wir nicht. Die Wahlerlasse betreffend, so fast der Redner die ganze Thätigkeit der Behörden zusammen. Bei dem großen Material, welches den Abgeordneten vorliegt, bleibt kein Zweifel, daß Ausschreitungen der Behörden in den Provinzen vielfach vorgekommen sind. Der Minister des Innern hat dazu, namentlich auch zu dem Königsberger Erlaß, ohne Zweifel selbst den Anlaß gegeben. Denn in dem Erlaß wird nicht bloß von einer demokratischen Partei als solcher gesprochen, sondern von allen Parteien, die zusammen die Majorität des Abgeordnetenhauses bilden, und von diesen wird gesagt, sie wollten den Schwerpunkt der staatlichen Gewalt gegen Geschäfte und Verfassung in die Volksvertretung legen. Dabei ist allerdings der Gegensatz zwischen Krone und Parlament ausgeprochen. Sollte die Regierung nicht eine große Partei als außerhalb der Verfassung und der Monarchie stehend bezeichnen, so wären die Ausschreitungen der Unterbehörden schwerlich erfolgt.

Minister v. Jagow: Der Wahlerlaß der Regierung zu Königsberg ist auf Verfügung der Staatsregierung berichtigt worden; im Uebrigen bleibe ich bei der Behauptung, daß der Gegensatz im angezogenen Erlaß nicht so, wie behauptet wird, hingestellt ist. Es ist allerdings angenommen worden, daß die demokratische Partei die Einwirkung der Landesvertretung erweitern wolle, aber es hat nicht gesagt werden sollen, daß diese Partei außerhalb der Verfassung stehe.

Ein Königsberger Abgeordneter (Dr. Kofch) hebt hervor, daß, wenn der Minister heute seine Erlasse so darstelle, der Zweck doch feststehe, nämlich sich eine willfährige Kammer zu verschaffen. Das Ministerium hat gesehen, daß es auf gewöhnlichem Wege keine Majorität gewinne, zumal seine Mitglieder nur geringer Bekanntheit im Lande erfreuten. Um nun die Grundzüge des Ministeriums wenigstens zur allgemeinen Kenntniß zu bringen, erließ es seine Schriftstücke, in denen Alles als feindselig gegen den König bezeichnet wird, was nicht zur Partei der Kreuzzeitung gehört. Die Herren, welche mit Grabow gingen, sind in dieselbe Verdamnis geworfen, und es bleibt nur eine ganz kleine Partei übrig, die in diesen Wahlerlassen einen Triumph feierte. Die vorige Regierung hat auch agirt, aber wenn Zwei dasselbe thun, so ist es doch nicht dasselbe. Wenn ein Minister, der großes Vertrauen im Lande genos und sogar Beamte im Lande duldete, die gegen ihn agitirten, wenn Graf Schwerin solche Beamte bloß warnte, so hätte

keine Warnung vor Agitation einen ganz andern Sinn, als wenn ein neues Ministerium, welches zu wenig bekannt war, als daß es auf aufgeregtes Vertrauen Anspruch machen konnte, einen Druck auf Beamte und Nichtbeamte zu üben versucht. Daß dieser Druck ein so leicht wiegender geworden ist, daß er fast spurlos abgeschüttelt ist, lag gewiß nicht in den Intentionen des Ministers, wenn er ihnen heute auch keine Bedeutung mehr beilegt wissen will. In einem constitutionellen Staate steht der König so hoch über den Parteien, daß seine persönlichen Gefühle und Empfindungen nur soweit in Betracht kommen, als die Minister solche auch vertreten. Nicht der König soll das Ministerium decken, sondern die Minister sollen jede Handlung des Königs vertreten. Das jetzige Ministerium wollte die Sache umdrehen. Wenn der Erlaß der Königsberger Regierung ziemlich spät eine Berichtigung durch den Minister erhalten hat, so hat sich dieser doch auf die Erklärung beschränkt, es sei ein Mißverständnis passiert. Der Königsberger Erlaß ist aber so maßlos, daß man es kaum begreifen und kaum in parlamentarischen Ausdrücken würdigen kann. (Der Erlaß wird verlesen. Es heißt darin, wer einem Fortschrittsmann die Stimme gebe, nehme an dem Kampfe gegen das verfassungsmäßige Königthum Theil.) Wenn solche Erlasse das Volk nicht aufregen, dann begreife ich nicht, was aufregend ist. Wenn die Behörden richtig über den angeleglichen Sinn der Wahlerlasse vom Ministerium belehrt worden wären, so wären solche Verfügungen unmöglich gewesen. Es lassen diese Erlasse nur auf die dunkelsten Absichten des Ministeriums schließen.

Minister von Jagow: Ich habe nicht gesagt, ich legte solchen Erlassen keine Bedeutung bei. Anfangs kam der Erlaß mir nur theilweise durch die öffentlichen Blätter zur Kenntniß; den öffentlichen Blättern war er aber nur durch Indiskretion eines Beamten zugegangen. Ungerechtfertigte Einwirkungen auf die Wahlen sind übrigens nicht bloß von einer Seite der Geschehen.

Ein Mitglied des linken Centrum: Der Streit, ob parlamentarische oder königliche Regierung ist vom Jaun gebrochen. Der Hagen'sche Antrag war nur ein Amendement zu einem Gesetzentwurf, und zur Annahme eines Amendements ist das Haus berechtigt gewesen.

Ein Mitglied der Fortschrittspartei: Schon am 6. März soll der Finanzminister gesagt haben, der Hagen'sche Antrag enthalte einen Eingriff in die Exekutive. Das hat er nicht gesagt, sondern nur, die Regierung werde erwägen, ob er ein Eingriff sei. Vom 6. bis 11. März war keine Sitzung des Hauses weiter, es ist also nichts weiter vom Ausgange dieser Erwägung bekannt geworden, als was in den Auflösungsnotizen steht, nämlich Nichts. Darin steht nur, daß das Haus aufgelöst werde, weil das Ministerium dessen Vertrauen nicht besitze, also der Eingriff ist nicht gefunden worden. Gleichwohl hat das alte Ministerium die Neuwahl nicht abwarten dürfen; und nun kommt ein neues Ministerium mit der Behauptung, die Auflösung sei erfolgt, weil der Hagen'sche Antrag ein Eingriff in die Exekutive sei. Nirgendes ist ein Verstoß oder auch nur eine Aeußerung im Abgeordnetenhaus nachzuweisen, welche eine Schmälerung der Kronrechte anstrebe. Der Minister hat gesagt, wenn auch nicht im Hause, so sei doch im Lande eine Partei, welche gegen die Rechte des Königs anstrebe. Es wird also gut sein, wenn der Minister endlich einmal nachweist, wo diese Partei ist. Was den Eid anlangt, an den der Minister die Beamten erinnert, so ist zu bemerken, daß es für die Civilbeamten keinen bloßen Eid der Treue gegen den König mehr giebt, sondern daß der Eid dem König und der Verfassung geleistet wird. Die Frage war nicht, ob parlamentarische oder königliche Regierung, sondern ob das Land im Sinne der Majorität vom 6. Dezember v. J., oder ob es im Sinne des Herrenhauses regiert werden sollte.

Ein Beamter vom linken Centrum: Wenn die Wahlerlasse nicht mehr bedeuten sollten, als die des Grafen von Schwerin, so wäre die Entrüstung im Volke nicht so allgemein gewesen. Die Universität Berlin konstatiert es, daß früher niemals ein Einfluß verübt worden ist. Voriges Jahr erging nur vom Minister des Innern ein Wahlerlaß und nur an die politischen Beamten, während er jetzt jedem Beamten zugesendet ist. Graf Schwerin appellirte nur an das Ehrgefühl, Herr v. Jagow spricht seine Erwartung, daß ein Beamter gegenüber, einen Befehl aus. Ich vindicire jedem Beamten außerhalb seines Amtes volle Freiheit, oder er müßte auf jede politische Meinung verzichten oder Heuchler werden.

Minister v. Jagow: Es liegt mir fern, eine Rechtfertigung meiner Erlasse in den Erlässen der Vorgänger zu finden, sondern ich wollte nur sagen, daß zu allen Zeiten die Beamten aufgefordert sind, nicht gegen die Regierung zu agitiren. Wenn man diesesmal größere Bewegung im Lande bemerkte, so stammt diese von der Agitation, welche die Presse mit meinen Erlässen getrieben hat.

Ein anderer Beamter von der Fortschrittspartei: Die Bestrebungen, vor welchen der Wahlerlaß des Ministers des Innern warnt, können nur auf die Thätigkeit des aufgelösten Hauses gedeutet werden, und noch immer ist die Frage nicht beantwortet, mit welcher Thatsache diese Bestrebungen bewiesen werden können. Der Minister kann nicht zu jeder Zeit den Beamten an den Eid allein, den er dem Könige geleistet, erinnern, sondern nur an den verfassungsmäßigen Eid, den der Beamten verpflichtet, die Rechte des Volkes gerade so gut zu wahren wie die des Königs. Ein bloßes Verweisen auf den Eid, der dem Könige geleistet ist, müßte die Gemüther verwirren.

Ein Mitglied der Fortschrittspartei: Der Minister hat nach seiner Erklärung nur die Wahlerlasse der Regierung in Königsberg, auch nur soweit rektifizirt, als sie die Beamten angeben. Der Minister hat die Auslegung der Regierung in den Punkten, die er nicht rektifizirt, also bekräftigt, namentlich so weit sie den Gegensatz zwischen Volksvertretung und Krone betreffen. Nun wäre um so erwünschter, daß der Herr Kriegsminister auch von der Agitation rede, die bei den Controlverammlungen getrieben worden ist, und von der Art, wie er hiergegen eingeschritten, namentlich wegen der Vorfälle zu Königsberg in der Neumark.

Minister v. Jagow: Der Königsberger Erlaß ist nicht bloß zum Theil modificirt worden; das Weitere ist nicht für die Öffentlichkeit geeignet, da auch der Erlaß nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Ohne Beziehung auf das aufgelöste Abgeordnetenhaus ist von den gefährlichen Tendenzen gewisser Parteien, die wirklich bestehen, geredet worden.

Kriegsminister v. Roon: Bei den Controlverammlungen ist nach öffentlichen Blättern agitirt, sobald ich es aber erfahren, habe ich das Nöthige verfügt. Wenn in Königsberg in der Neumark ein Akt wegen seiner Abstimung bestraft ist, so ist mir davon Nichts bekannt, übrigens will ich für die Debatte im Plenum mein Pulver nicht im Voraus verschießen.

Nachdem Antragsteller und Referent die Fassungen des dritten Satzes aus beiden Entwürfen nochmals einander gegenübergestellt, wurde der Satz nach Treitsch's Entwurf angenommen.

Die vom Regierungs-Commissar in der kurhessischen Frage verlesene Erklärung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten hat in keiner Weise befriedigt; eine Politik, welche den Rechtszustand in Hessen voll und ganz herzustellen zu wollen erklärt und dabei die Grundlagen dieses Rechtszustandes, das Wahlgesetz von 1849, erst nach der Entscheidung vorbehält, ist von allen Seiten als unklar und in sich widersprechend bezeichnet. Der Antragsteller, v. Sybel, modificirte, nach den ministeriellen Erklärungen, den Passus über die hessische Frage sehr wesentlich, so daß zwar der Anlaß, den die preussische Politik in dieser Frage genommen, anerkannt, aber auch das Zurückfallen der Behandlung der hessischen Sache in die frühere Unentschiedenheit konstatirt wurde. Indef hat auch diese neue Fassung des hessischen Passus nicht die Zustimmung der Commission gefunden; sie ist mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt.

Der Kriegsminister hat bei Gelegenheit der hessischen Frage erklärt, die Truppen hätten Marschbefehl nirgends bekommen, sondern seien nur marschbereit gehalten, und dieses dauere noch fort. — Ueber den „Incidenzfall“ ist in der Commission keinerlei Aufschluß gegeben.

Bei dem letzten Alinea (kirchliche Uebergriffe) ist die bei Eröffnung des Landtags vom Hofprediger v. Hengstenberg gehaltenen Predigt Gegenstand lebhafter Erörterungen und scharfer Beschwerden gewesen; in starken Ausdrücken ist die „Zathlosigkeit“ angegriffen, eine Stätte des Friedens und der Veröhnung zur Erregung von Bitterkeit und zu großer Verleumdung des ganzen preussischen Volkes zu mißbrauchen. Der Cultusminister hat die Predigt als eine rein innere Angelegenheit der betreffenden kirchlichen Gemeinde bezeichnet (höfentlich wird sich das Plenum mit dieser gar Nichts sagenden Erklärung nicht begnügen).

Bei den gegen das Herrenhaus gerichteten Worten hat der Justizminister

bermekt, das Verhältnis der beiden Häuser werde dadurch schwerlich gebessert; aus der Commission ist erwidert, es lasse sich schwerlich noch verschlimmern.

Die nun angenommene Adresse lautet:

„Allerhöchster Kaiser, großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr!

Im Beginn unserer Verhandlungen legt uns die unverrückliche Treue gegen die Krone und das dringende Verlangen des Volkes die Pflicht auf, Ew. Majestät unsere Uebereignung über die gegenwärtige Lage des Landes ebenso mit loyalen Freimuth, wie in tiefster Ehrfurcht darzulegen.

Vor Allem fühlen wir uns gedrungen auszusprechen, daß inmitten der Bewegung der letzten Monate die Ehrfurcht und die Treue gegen die Monarchie als unerschütterliche Grundlage aller Bestrebungen des Volkes feststeht, und daß in der Tiefe und Wärme dieses Gefühls keine Klasse der Bevölkerung, keine Provinz, keine der großen politischen Parteien hinter der anderen zurückbleibt.

Nachdem die Militärvorlagen und eine gewisse Unsicherheit über die künftige Richtung der preussischen Politik die Gemüther lange beschäftigt hatten, erfolgte die Auflösung des Hauses der Abgeordneten und die Umgestaltung des Ministeriums unter Umständen, welche das Land über die sachlichen Gründe der Krisis unbeliebt ließen; es folgten die Wählerklasse des neuen Ministeriums und anderer Behörden, wodurch nicht nur den Beamten die freie Betheiligung an der Wahlbewegung verfürzt und an manchen Stellen auf das Wahlrecht der übrigen Staatsbürger ein nicht gesetzlicher Druck geübt, sondern auch der gebilligte Name Ew. Majestät in den Streit der Parteien hineingezogen und ein nicht verfassungsmäßiger Gegensatz zwischen Königthum und Parlament aufgestellt wurde.

Die mehrfach gemachte Unterstellung, als ob ein großer Theil der Volksvertretung und mit ihr der preussischen Wähler sich feindliche Eingriffe in die Rechte der Krone schuldig machen könnte, verkennt den tief monarchischen Grundzug der Nation, in welchem das Königthum seine starke Wurzeln treibt; sie widerstrebt dem Rechts- und Wahrheitsgefühl des Volkes, welches nicht anarchischer Umsturzungselüste verdächtig gemacht zu werden verdient.

Ew. königl. Majestät bitten wir unterthänigst, keinen Widerspruch finden zu wollen zwischen der begeisterten Liebe, welche das ganze Land Ew. Majestät jederzeit entgegengetragen hat und zwischen einem Ergebnis der Wahlen, welches unzweifelhaft gegen einzelne Anschauungen und Maßregeln der königlichen Staatsregierung gerichtet war.

Allergnädigster König und Herr!

Es besteht keine gefahrdrohende Aufregung der Gemüther. Das preussische Volk hat sich nicht verändert. Es vereinigt mit der alten Hingebung an den Thron eine feste und besonnene Anhänglichkeit an sein verfassungsmäßiges Recht. Es erhebt den Ruf nach dem Ausbau unserer Verfassung und zur höheren Entwidlung der Volkskraft notwendigen Gesetze, die Sicherung des Staats und der Schule gegen kirchliche Uebergriffe, die verfassungsmäßige Befestigung des Widerstandes, welchen bisher ein Factor der Gesetzgebung diesem Verlangen entgegengestellt hat.

Weit entfernt, in eine Prerogative der Krone einzugreifen, glauben wir diese Krone nur zu stützen und zu stärken, indem wir Ew. Majestät in tiefster Ehrfurcht die Uebereignung aussprechen, daß keine Regierung, welche in diesen Punkten den Bedürfnissen der Nation widerstrebt, die untrennbaren Interessen der Krone und des Landes zu fördern im Stande sein würde, zumal die Machtstellung Preußens in Deutschland und in Europa vorzugsweise auf moralischer Energie, also auf der hingebenden Begeisterung des Volkes beruht.

In dem Bewußtsein, daß nur auf diesem Wege eine wahrhaft conservative und monarchische Politik durchgeführt werden kann, richten wir an das väterliche Herz Ew. Majestät die ehrfurchtsvolle Bitte, durch hochsinnige Gewährung der nationalen Wünsche Ihrem getreuen Volke den inneren Frieden zu sichern und in der vollen Einigkeit von Regierung und Volk Ew. Majestät erhabenem Hause wie dem Vaterlande neuen Glanz und eine größere Zukunft zu bereiten.

In tiefster Ehrfurcht ersterben wir u. s. w.

Berlin, 31. Mai. [Offizielle Berichtigung.] Die „Sternz.“ schreibt: „Die Erklärungen, welche der Minister des Innern, Herr v. Jagow, in der Adress-Commission des Hauses der Abgeordneten in Bezug auf die Wählerklasse gegeben hat, sind in hiesigen Blättern unrichtig mitgetheilt. Der Herr Minister hat sich allerdings dahin geäußert, daß in den Erlassen auf die Haltung bestimmter Fraktionen des früheren Abgeordnetenhauses nicht habe Bezug genommen werden sollen; dagegen hat derselbe weder erklärt, noch gegenüber dem klaren Wortlaut des Circular-Erlasses vom 22. März d. J. erklären können, daß dieser sich auf die Fortschrittspartei nicht beziehe. Zugleich hat der Herr Minister bestimmt ausgesprochen, daß er an dem Inhalte des vorerwähnten Erlasses in vollem Maße festhalte.“ (Da werde Jemand klug daraus. Zu den „bestimmten Fraktionen“ gehört doch auch die der Fortschrittspartei; auf diese soll sich also der Wählerlaß nicht beziehen — und doch soll er sich wieder darauf beziehen. „Diesen Zweifeln der Natur, erkläre mir, Graf Derindur.“ D. Red. v. Bresl. 3.)

Breslau, 1. Juni. [Breslauer Rennbahn 1862.] Die heute Nachmittag 4 Uhr auf der scheiniger Rennbahn eröffneten Pferderennen übten bei anhaltend günstigem Wetter eine Anziehungskraft auf das größere Publikum aus, wie solche schon seit den 30er Jahren nicht mehr dagewesen sein soll. Man schätzte die Zahl der Zuschauer, welche den ungefähr 1/2 Meile im Umfange habenden Platz in doppelten und dreifachen Reihen umgaben, auf ca. 30,000. Auf den Tribünen befand sich ein eleganter Damensitz, zu beiden Seiten zogen sich improvisirte Estraden hin, von Personen aus den verschiedensten Ständen dicht besetzt, die bei weitem compactere Masse aber stand oder bewegte sich auf der kaum überschaubaren Fläche. Wie uns Sportsmen versicherten, war die Bahn in gutem Zustande, und das Schauspiel nahm einen glücklichen Verlauf. Als Richter fungirte Sr. Durchl. Herzog von Ratibor, als Assistent: Hr. Major v. Lieres-Stephanshahn; beim Abreiten: Herr Baron v. Mischwitz, Herr v. Kramsta-Gebersdorf; an der Waage: Herr Bar. v. Seidlitz-Hartlieb, Herr Rittmeister v. Britzky; bei der Surveillance: Herr Director Knoff, Herr Dr. Günther. Handicaps waren Sr. Durchl. der Prinz v. Holstein-Augustenburg und Herr Major v. Lieres-Stephanshahn; Schiedsrichter die Herren Graf Caschin, Amtsrath Heller, v. Heydebrand u. d. Laßaf, Major v. Lieres, Graf Wengersky. Nach den Bestimmungen des Programms wurden während des Zeitraums von 3 Stunden folgende 9 Rennen ausgeführt.

I. Eröffnungs-Rennen. Vereins-Preis 300 Thlr. Pferde aller Länder und jeden Alters. Ablauf aus des letzten Ede, Distance circa 600 Ruthen, 10 Fnd'or Einsatz, ganz Keugeld. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Keugelder, der Rest fällt dem Sieger zu. Von 5 angezeigten Pferden beschritten die Bahn des Grafen Hahn br. S., „Chingachook“, des Grafen Hendel sen. br. St., „Ellen“ und des Grafen A. Hendel F.-S., „Sweetbread“. Nachdem die Pferde gut abgegangen waren, nahm „Chingachook“ vor der Tribüne die Führung; an der letzten Ede ging jedoch „Ellen“ vor, und siegte mit 1/2 Länge; zweites Pferd war „Sweetbread“. Dauer des Rennens 2 Min. 30 Sec.

II. Rennen für zweijährige Pferde. 80 Fnd'or Subscriptionspreis. Pferde 1860 auf dem Continent geboren. Distance 250 Ruthen. 15 Fnd'or Einsatz, 10 Fnd'or Keugeld. Das zweite Pferd erhält den doppelten Einsatz. Proponent: Das Subscriptions-Comite. Nur 2 von 6 gemeldeten Pferden concurrirten. Von ihnen nahm des Grafen Hahn br. S., „Sturm“ in scharfem Lauf die Spitze und siegte mit bedeutendem Vorsprung gegen des Grafen Hendel sen. F.-St., „Mauntain Maid“ in 59 Sec.

III. Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen-Rennen. 150 Fnd'or Subscriptionspreis. Pferde 1859 geboren. 20 Fnd'or Einsatz, 10 Fnd'or Keugeld. Distance 700 Ruthen. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Keugelder. Geschlossen den 1. Januar 1860. Proponent: Das Subscriptions-Comite. Angemeldet waren 10 Pferde, davon liefen: des Igl. Friedrich-Wilhelm-Gestütts sch. S., „Belisar“, des Gr. Hahn br. S., „Little Pippin“, des Grafen Hendel sen. br. S., „Arthur“, des Grafen S. Hendel jun. sch. S., „Cliquot“. Dieser führte anfänglich, dicht gefolgt von „Belisar“. Nach etwa 500 Sch. ritt letzterer ersteren so an, daß jener sich von seinem Reiter trennte. An der Tribüne hatte „Lady Pippin“ die Spitze, beider „Arthur“, wohngegen „Cliquot“ bald darauf das Rennen aufgab. An der Bahnbreite kam „Arthur“ vor und siegte derselbe dann sehr leicht mit einem bedeutenden Vorsprung. Der abgeworfene Jockey blieb glücklicherweise unbeschädigt. Dauer des Rennens 3 Min. 12 Sec.

IV. Herren-Reiten. Pferde aller Länder. Distance wie beim Eröffnungs-Rennen. Normal-Gewicht 155 Pfd. 5 Fnd'or Einsatz, ganz Keugeld. Der Verein giebt einen Preis von 150 Thlr. Drei von 4 angezeigten Pferden beschritten die Bahn, nämlich des Grafen Göben br. W., „Middy“, Reiter Graf Lehndorf, des Herrn D. v. Montbach, „Billy Barlow“, Reiter Graf Göben, und des Reiter Waderow, „Nobling“, geritten von Lieut. Kuhlwein. „Middy“ führte an der Tribüne vorbei, wurde aber dann vom Reiter angehalten; von den beiden anderen siegte „Billy Barlow“ mit 1 Länge in 2 Min. 43 Sec.

V. Handicap um das von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Carl von Preußen verliehene silberne Pferd. Staatspreis 500 Thlr. Pferde aller Länder. Distance 800 Ruthen. 15 Fnd'or Einsatz, 10 Fnd'or Keugeld, jedoch nur 2 Fnd'or, wenn das Handicap nicht angenommen wird und der Rücktritt bis 15. Mai erfolgt. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Keugelder nach Abzug von 15 Fnd'or einfachen Einsatz für das dritte Pferd. Der Sieger hat das silberne Pferd 1863 zu verteidigen oder 10 Fnd'or Keugeld zu zahlen. Sechs angezeigte Pferde erschienen auf der Bahn: 1) des Grafen Joh. Renard sch. St., „Comesta“, 124 Pfd. tragend, 2) des Grafen Caschin br. W., „Collingwood“, 112 Pfd., 3) des Igl. Friedrich-Wilhelm-Gestütts br. S., „Glaucopus“, 106 Pfd., 4) des Grafen Lehndorf F.-S., „Saraphan“, 94 Pfd., 5) des Herrn v. Kramsta F.-W., „Remus“, 94 Pfd. und 6) des Igl. Friedrich-Wilhelm-Gestütts br. St., „Optima“, 90 Pfd. tragend. Nach einem mißlungenen Versuch gingen die Pferde sehr schön ab, „Optima“ führend, dahinter „Saraphan“, dann „Remus“ und die übrigen. Bald jedoch nahm „Remus“ die Spitze, zunächst gefolgt von „Optima“ und „Saraphan“, dann „Comesta“ und „Glaucopus“, wogegen „Collingwood“ das Rennen aufgab, ehe erstere die Tribüne passirten. Ohne wesentlichen Platzwechsel hielten die 5 Pferde sich in der angegebenen Reihenfolge bis nach der letzten Biegung; an dem Distancepunkt blieb „Remus“ zurück, „Comesta“ dagegen ging entschieden vor und siegte mit einer guten Länge gegen „Saraphan“ (2es Pf.), etwa eben so weit zurück folgte „Remus“ als 3tes Pferd. Dauer des Rennens: 3 Min. 30 Sec.

VI. Subscriptions-Rennen. Preis 55 Fnd'or. Pferde aller Länder. Distance 800 Ruthen. 5 Fnd'or Einsatz, halb Keugeld bis zum Rennungsstermin, später ganz Keugeld. Zu unterzeichnen bis 1. März, zu nennen bis 25. Mai. Der Sieger erhält die Hälfte der Einsätze und Keugelder, das zweite Pferd die andere Hälfte. Es liefen nur 2 Pferde, die übrigen Unterzeichner zahlten Keugeld. „Red Rose“, F.-St. des Grafen Caschin, führte einmal die Bahn herum, wozu „Rezia“, F.-St. des Herrn v. Kramsta, an jener vorbeiging und sehr sicher mit 1/2 Länge gewann. Dauer des Rennens 3 Minuten 47 Sekunden.

VII. Herren-Reiten um den Damen-Ehren-Preis. Distance 500 Ruthen. Jähr. Pferde tragen 140 Pfd., jährl. 150 Pfd., ältere Pferde 160 Pfd. 5 Fnd'or Einsatz, ganz Keugeld. Das zweite Pferd erhält die Hälfte der Einsätze und Keugelder. Pferde, welches alles in allem schon 400 Fnd'or oder mehr gewonnen haben, sind ausgeschlossen. — Von 5 Anmeldungen war nur eine zurückgezogen. Auf der Bahn erschienen des Grafen Göben br. S., „Ludnow“, geritten vom Besitzer, des Herrn D. v. Montbach br. S., „King of Thule“, geritten vom Lieutenant Kuhlwein, und des Reutenant Baron Saurma br. St., „Alma“, Reiter der Besitzer. Anfänglich führte „King of Thule“, gefolgt von „Abassia“, „Alma“, zuletzt „Ludnow“. An der Bahnbreite nahm „Abassia“ die Spitze, nach der letzten Ede aber ging „Ludnow“ zu ihr heran, welcher auch leicht mit 2 Längen siegte. Zeit 2 Min. 22 Sec. Graf Göben wurde von der verammelten Menge mit Hurrahs begrüßt.

VIII. Verkauf-Rennen. Vereins-Preis 200 Thlr. Pferde aller Länder und jeden Alters. 5 Fnd'or Einsatz, ganz Keugeld. Distance 600 Ruthen. Der Sieger ist, wenn es verlangt wird, für 200 Fnd'or zu verkaufen. Wer für einen Ueberlassungspreis von 750 Thlr. angemeldet hat, dem sind 6 Pfd. Gewichtserleichterung, für 500 Thlr. 13 Pfd., für 250 Thlr. 19 Pfd., für 125 Thlr. 26 Pfd. erlaubt. Der Sieger kommt gleich nach dem Rennen zur öffentlichen Auction; der Mehrertrag fällt der Rennklasse zu. Drei von 4 angemeldeten Pferden liefen, nämlich des Grafen Göben Sch.-S., „Stare of the East“, des Grafen L. Hendel br. St., „Schubra“ und des Grafen Lehndorf Sch.-St., „Gua“. Stare of the East führte und siegte leicht gegen Gua. Zeit 2 Min. 28 Sec. Dem Vernehmen nach wurde der Sieger von Graf Renard erstanden.

IX. Hürden-Rennen. Zu reiten in Breslau 1. Juni 1862. Reiter Mitglieder des Vereins. Auf Pferden, die den bezüglichen Statuten entsprechen. Circa 500 Ruthen. 145 Pfd. Gewicht. St. u. W. 3 Pfd. Erlaß. Halbblut 7 Pfd. extra erlaubt. 1 Dutaten Einsatz, ganz Keugeld. Das erste Pferd erhält einen Ehrenpreis und die Hälfte der Einsätze und Keugelder. Das zweite Pferd die andere Hälfte. Proponent: Schlef.-Pofener Offiziers-Reit-Verein. Es betheiligten sich der Prem.-Lieut. Kuhlwein mit seiner sch. Stute „Ellinor“, der Lieut. v. Hade mit seiner br. St. „Grille“ und der Hauptm. v. Jankow mit seiner dbr. St. „Jung Here“. Diese letztere nahm die erste Hürde fast Kopf an Kopf mit Ellinor, wogegen Grille strauchelte und sich von ihrem Reiter trennte. Bald kam Ellinor an die Spitze und siegte sehr gut mit einer halben Länge. Zeit des Rennens 2 Min. 35 Sec.

Montag Vorm. 10 Uhr findet ein Jagdrennen statt; Nachm. ist Generalversammlung des schlef. Vereins für edle Pferdejudt und Pferdesitten im Lokale der Provinzial-Resourse. Dienstag Nachm. von 4 Uhr an werden die Rennen fortgesetzt.

s. Strehlen, 1. Juni. Bei dem gestern hier abgehaltenen Wollmarkt waren 806 Centner auf dem Plage, ein Quantum, wie es in dieser Größe schon seit mehreren Jahren hier nicht gegeben worden. Durchschnittlich wurden 10 Thlr. pro Centner weniger bezahlt als im vorigen Jahre. Die Zahl der Käufer war nicht so ansehnlich wie in den letzten Jahren, der Markt zog sich ziemlich lang hin und blieben mehrere Posten unverkauft, jedenfalls weil die betreffenden Besitzer auf dem breslauer Marke höhere Preise zu erzielen hofften.

Am Magdalenen-Gymnasium zu Breslau ist den Collegen Dr. Weinling, König und Friede das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden. Bei der Realschule am Zingler zu Breslau ist die Anstellung des Schulamts-Candidaten Dr. Wosidlo als ordentlicher Lehrer genehmigt worden. (St.-Anz.)

Breslau, 2. Juni. [Diebstahl.] Gestohlen wurde: einer Dame aus der Tasche ihres Kleides ein braunledernes Doppel-Portemonnaie mit circa 140 Rubel Inhalt.

Angelommen: Sr. Durchlucht Heinrich LXXIV. Fürst von Reuß aus Zankendorf. Se. Durchlucht Graf Eberhardt zu Stolberg-Wernigerode a. Koppelhof. Kaiserl. Igl. Herr. Kämmerer u. Rittergutsbes. Graf Arthur Hendel von Donnersmard aus Ruhna. Se. Durchlucht Erbprinz von Holstein-Augustenburg mit Begleite aus Brimtenau. Se. Excellenz Graf von Sandrecht-Sandraschütz aus Langenbielau. Seine Durchlucht Fürst Alexander von Radziwill aus Minschrohn. General Graf v. Arnstorff aus Petersburg. (Pol.-Bl.)

Breslauer Sternwarte. Table with columns for date, time, and astronomical observations.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. Mai, Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete bei animirtem Geschäft zu 70, 25, stieg auf 70, 35, fiel sodann auf 70, 10 und schloß in trüger Haltung zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr waren 92 1/2 eingetroffen. Schluss-Course: 3proz. Rente 70, 15, 4 1/2proz. Rente 97, 10, 3proz. Spanien 49 1/2, 1proz. Spanien 43 1/2, Silber-Anleihe —, Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 515, Credit-mobilier-Aktien 826, Lomb. Eisenbahn-Aktien 593, Oesterr. Credit-Aktien —.

London, 31. Mai, Nachm. 3 Uhr. Consols 92 1/2, 1proz. Spanien 44, Mexitaner 31 1/2, Sardinier 83 1/2, 5proz. Russen 96 1/2, 4 1/2proz. Russen 91, Der Dampfer „Australian“ ist aus Newport eingetroffen. Der „Norman“ ist vom Cap mit Nachrichten vom 21. April in Plymouth angekommen.

Wien, 31. Mai, Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Fest, beliebt. 5proz. Metallg. 71, 15, 4 1/2proz. Metallg. 63, 75, Bank-Aktien 840, Nordbahn 213, 20, 1854er Loose 96, 25, National-Anleihe 84, 50, Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 268, —, Creditaktien 218, 20, London 131, 25, Hamburg 98, 25, Paris 52, 10, Gold —, Silber —, Elisabethbahn 165, —, Lomb. Eisenbahn 287, —, Neue Loose 134, 80, 1860er Loose 96, 40.

Frankfurt a. M., 31. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. Jemlich feste Haltung bei stillem Geschäft. Vollbezahlte Russen 91 1/2, Schluss-Course: Ludwigsbafen-Versch. 134 1/2, Wiener Wechsel 89 1/2, Darmst. Bank-Aktien 216, Darmst. Zettelbank 248, 5proz. Metall, 52 1/2, 4 1/2proz.

Metall, 46 1/2, 1854er Loose 73, Oesterr. National-Anleihe 62 1/2, Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 241, Oesterr. Bank-Antheile 755, Oesterr. Credit-Aktien 194 1/2, Neueste Oesterr. Anleihe 74, Oesterr. Elisabeth-Bahn 123, Rhein-Nabe-Bahn 32 1/2, Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 124 1/2.

Hamburg, 31. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Sehr geschäftslos. Schluss-Course: National-Anleihe 63, Oest. Credit-Aktien 82 1/2, Vereinsbank 101 1/2, Norddeutsche Bank 94 1/2, Rheinische 93 1/2, Nordbahn 62, Disconto 4, Wien —, Petersburg —.

Hamburg, 31. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen loco stille, ab auswärts sehr stille. Roggen loco flau, ab Königsberg zu gestrigen Preisen nur schwer zu haben. Del pr. Oktbr. 26 1/2, Raffee bleibt günstig. Umsatz nahe 4000 Sad. Zint 3000 Centner Sept.-Okt. 12 Markt.

Liverpool, 31. Mai. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Preise etwas höher.

Berliner Börse vom 31. Mai 1862.

Table with columns for Fnd. und Goldcourse, Ausländische Fonds, and Actien-Course, listing various securities and their prices.

Table with columns for Wechselse-Course, listing exchange rates for various locations like Amsterdam, London, and Paris.

Berlin, 31. Mai. Die Börse kam wegen der Ultimo-Regulirungen auch heute noch nicht zu einer ausgebreiteten selbstständigen Geschäftstätigkeit; demungeachtet traten unzweideutige Symptome der sich wieder einstellenden Aufstrebendigkeit in allen Effectengattungen hervor. Obgleich der Geldmarkt außerordentlich flüßig war und Reporitz, namentlich bei allen schweren Eisenbahnaktien sich hoch erhielten (durchschnittlich auf einen Prozentsatz von 6% zu berechnen), fehlten doch grade für diese Actien Abgeber, und blieben für die meisten Geldcourse. Inzwischen war doch das Geschäft zu beschränkt, um die Probestaltigkeit der Tendenz constatiren zu können. Jedenfalls aber war ungeachtet des nur mäßigen Umsatzes die Stimmung durchaus günstig. Für Disconten war mit 3 1/2% Geld eher zu vermissen. (V.u.S.-3.)

Breslau, 2. Juni. Wind: Ost. Wetter: schön. Thermometer früh 11° Wärme. Die Zufuhren von Getreide am heutigen Marke waren sehr beschränkt, der Geschäftsverkehr daher ohne Bedeutung. Weizen ruhig, jedoch nicht billiger; pr. 85 Pfd. weicher 67—81 Sgr., gelber 66—80 Sgr. — Roggen kaum verändert; pr. 84 Pfd. 53—58 Sgr. — Gerste ohne regere Frage; pr. 70 Pfd. 35—36 1/2 Sgr. — Hafer flau, in Mittelforten billiger; pr. 50 Pfd. schleißer 24—26 Sgr. — Roth-Erbfien ohne Frage. — Widen vernachlässigt. — Bohnen ruhig. — Delsaaten ohne Umsag. — Schlaglein wenig Frage.

Table with columns for Sgr.pr.Schf. and Erbsen, listing prices for various agricultural products.

Beißer Weizen 70—75—82 Erbsen..... 45—50—55 Gelber Weizen 70—75—81 Widen..... 33—37—40 Geringer u. blaupigiger 62—68—72 Sgr.pr.Sad à 150 Pfd. Brutto. Roggen 50—54—59 Schlagleinfaat .. 150—180—200 Gerste 34—36—39 Wintererbsen — Hafer 22—24—28 Sommererbsen .. — Kleesaat schwach gefragt; rotte 6—9—10—11—12 Thlr., weiße 6—9—13—15—16 Thlr.

Kartoffeln pr. Sad à 150 Pfd. netto 21—24 Sgr.

Theater-Repertoire.

Montag, den 2. Juni. (Kleine Preise.) „Der Troubadour.“ Oper in 4 Akten, nach dem Italienischen des Salvatore Cammerano von Heinrich Broch. Musik von Verdi. (Azucena, Fräul. Mery.)

Dinstag, den 3. Juni. Anfang 7 1/2 Uhr. (Gewöhnl. Preise.) 1) „In Phymont, oder: Er kennt die ganze Welt.“ Schwant in 1 Akt von Görner. 2) Zum dritten Male: „Am Freitag.“ Lustspiel in 1 Akt von S. Schleginger. 3) „Die Schwäbin.“ Lustspiel in 1 Akt von J. F. Castelli. (Julie, Fräul. Sibir, vom königl. Theater zu Stuttgart.) 4) Zum ersten Male: „Ein Maskenball in Paris.“ Divertissement in 2 Tableaux vom Balletmeister L. Hafenhut. Musik von verschiedenen Komponisten.

Sommertheater im Wintergarten. Montag, den 2. Juni. (Kleine Preise.) 1) Zum dritten Male: „Lamm und Löwe.“ Lustspiel in 3 Akten von Schreiber. 2) „Ein lotter Bursche von der Flotte, oder: Krieg mit Dänemark.“ Schwant mit Gesang in 1 Akt von C. Pohl. Musik von A. Conradi. — Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung um 6 Uhr.

Bekanntmachung.

Wer Zinscoupons von Staats-Schuld-, Staats-Anleihe-Scheinen, Staats-Eisenbahn-Obligations oder Rentenbriefen u. bei unserer Hauptkassette zur Realisirung präsentirt, hat ein Verzeichniß beizufügen, welches die Stückzahl der Coupons von gleichem Betrage und den Geldbetrag, sowohl der einzelnen Sorten, als der zur Realisation zu präsentirenden Coupons in Summa angiebt. Breslau, den 30. Mai 1862.

Königliche Regierung. v. Schleinig.

!!! Nicht zu übersehen. !!! Die eclatanten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.

Die eclaranten Leistungen der Fußärztin Frau Delsner, sind, wie wir aus eigener Uebereignung und selbst durch Sachverständige erfahren, von der Art, daß eine beliebige Anerkennung wohl darauf hinweisen kann, den nur noch kurzen Aufenthalt der Frau Delsner, am Rathhause (Riemerzeile) Nr. 19, nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen.